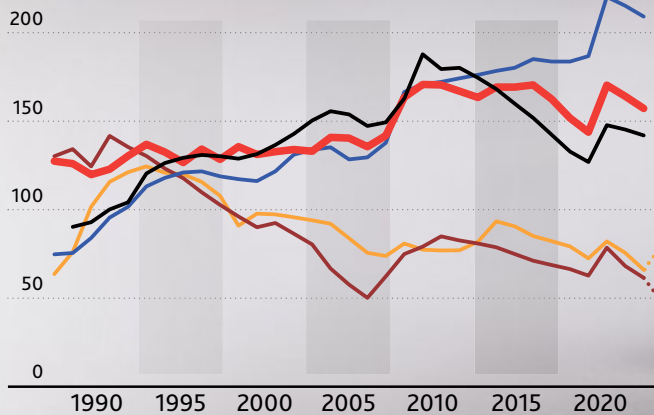


STAATSSCHULDEN IN RELATION ZU DEN STAATSEINNAHMEN

in Prozent

— FRANKREICH — ÖSTERREICH — DEUTSCHLAND
— SCHWEDEN — DÄNEMARK



Krone KREATIV | Quelle: Agenda Austria, IWF | Foto: stock.adobe.com



Schuldenrechnung: Die zweite Runde

Hitzige Debatte reißt nicht ab. Politik versucht es mit Sparen bei sich selbst.

Der „Krone“-Bericht über die höhere Pro-Kopf-Verschuldung als Griechenland hat eine heftige Diskussion ausgelöst. Finanzminister Magnus Brunner wies entsprechende Berechnungen der wirtschaftsliberalen Denkfabrik Agenda Austria als „absurd“ und „unseriös“ zurück. Diese schlägt nun zurück und setzt die Staatsschulden in Relation zu den Staatseinnahmen. Und

sieht da: Österreich steht noch immer nicht besonders gut da. Bei dieser Berechnung liegen wir mit einer Schuldenquote von gut 150 Prozent zwar vor Griechenland und Frankreich, aber deutlich hinter Dänemark oder Schweden. „Ein Problem unserer Budgetpolitik ist, dass wir uns immer gerne mit jenen messen, die noch schlechter liegen als Österreich. Unsere Benchmark sollten

nicht die Schlendriane sein, sondern jene Länder, die an der Spitze liegen“, sagt Agenda-Austria-Leiter Franz Schellhorn.

Sparen wenigstens bei Politikergehältern

Zumindest bei sich selbst setzt die Politik auf Sparsamkeit. Die Politikergehälter für Spitzenpositionen auf Bundes- und Landesebene werden nur um die halbe Inflation (4,85 Prozent) angehoben. Für Bürgermeister gibt es in den meisten Bundesländern aber die volle Abgeltung (9,7 Prozent). Nur das Burgenland verordnete seinen Politikern eine komplette Nulllohnrunde.

Petja Mladenova

Zack, zack, zack. Nach Ibiza und ÖVP-Korruption stehen zwei neue U-Ausschüsse ins Hohe Haus. SPÖ und FPÖ wollen Superreiche mit ÖVP-Konnex und Milliardenzahlungen durch die Covid-19-Finanzierungsagentur untersuchen. Die ÖVP kontert mit Durchleuchtung „rot-blauer Sümpfe“. Tirols SPÖ-Chef Georg Dornauer richtete seinen Parteifreunden aus, sie sollten sich nicht in „sinnlosen Ausschüssen an der ÖVP abarbeiten“. Dies nütze letztlich nur FPÖ-Chef Kickl. Wiens Bürgermeister Michael Ludwig soll auch keine Freude haben, schließlich denke er schon an seine Wahl 2025. Offiziell hält man sich jedoch roten Lager bedeckt bis kritisch. Kärntens Landeschef Peter Kaiser: „Die SPÖ sorgt für die Aufklärung im Umgang der Regierung mit Steuergeldern.“ Apropos: Aktuelle Zahlen aus dem Parlament ergeben: Der Ibiza-Ausschuss kostete in Summe 3,7 Millionen bei 57 Tagen, BVT 2,4 Millionen (46 Befragungstage). Macht bis 60.000 Euro pro Tag.

Experte: Die Zeit könnte viel zu knapp werden

Politikprofessor Peter Filzmaier: „U-Ausschüsse sind – neben dem Rechnungshof – ein ganz zentrales Element der Kontrolle und Untersuchung des politischen Agierens der Regierung.“ Selbstverständlich seien beide anstehenden Themen untersu-

PRIVATSCHULDEN

Regierung will mit Kampagne die Jugend vor Schuldenfalle bewahren

Österreichs Jugend verschuldet sich zunehmend – ange-lockt vor allem von der Onlinefalle „Kaufe jetzt, bezahle später“. Laut dem aktuellen Report der ASB Schuldnerberatung haben Österreicher unter 30 Jahren durchschnittlich 33.845 Euro Schulden. Mit dem Alter steigt der Schuldenstand:

Menschen zwischen 31 und 50 Jahren haben durchschnittlich 59.966 Euro Schulden. Die Regierung will dieser Entwicklung mit einer Informationsoffensive entgegenwirken. „Die Kampagne soll in erster Linie dort eingesetzt werden, wo junge Menschen täglich unterwegs sind, nämlich in den sozialen

Medien“, sagt Jugendstaatssekretärin Claudia Plakolm. „Junge Menschen sind die Zukunft unseres Landes. Es ist unsere Pflicht, ihnen das nötige Rüstzeug zu geben, um sicher durch ihre Finanzen zu navigieren. Mit der Kampagne ‚Was sagt das Konto?‘ setzen wir einen Schritt in Richtung nachhaltiger Finanzbildung“, so Finanzminister Magnus Brunner.

P. Mladenova



Foto: BKA/Dumker

Über Sinn und Unsinn der U-Ausschüsse

SPÖ-Politiker Dornauer mahnt seine Parteifreunde – zu hohe Kosten, zu wenig Output. Eine Bestandsaufnahme.



Moment

CONNYS BISCHOFBERGER
conny.bischofberger@kronenzeitung.at

Am Oasch

Peter Filzmaier hat natürlich recht. Untersuchungsausschüsse sind ein wichtiges Instrument, mit dem das Parlament der Regierung auf die Finger klopft. Macht braucht Kontrolle.

Beim letzten, dem insgesamt 27. U-Ausschuss seit 1945, haben es sich die Parlamentarier mit dem Souverän aber gehörig verscherzt. Bezeichnend die beiden Sätze, mit denen sich im Juni 2020 im Ibiza-Untersuchungsausschuss alles zuspitzte. „Die gehen mir am Oasch!“ schimpfte Neos-Aufdeckerin Stefanie Krisper damals ins versehentlich offene Mikro. In weiterer Folge trat auch noch die Verfahrensrichterin zurück. Und zwar mit den Worten: „Jeder Mörder in jedem Gerichtssaal wird mit mehr Respekt behandelt als eine Auskunftsperson im U-Ausschuss.“ Das Hickhack war unerträglich, das Sittenbild ohnehin bekannt, die politische Stimmung im Land auf dem Tiefpunkt angelangt.

In diesem Klima der Verdrossenheit mutet man den Leuten gleich zwei neue U-Ausschüsse zu. SPÖ und FPÖ haben angekündigt, „die Zwei-Klassen-Verwaltung wegen Bevorzugung von Milliardären durch ÖVP-Regierungsmitglieder“ bei der Abwicklung der Covid-Hilfen zu untersuchen. Die ÖVP will sich dem „rot-blauen Sumpf“ widmen, konkret der Steuergeldverschwendung von SPÖ- oder FPÖ-geführten Ministerien ab 2007 (!).

Was wird da außer Schmutzwäsche für den kommenden Wahlkampf wohl herauskommen? Noch mehr Frust und Hickhack, und das alles auf Kosten der Steuerzahler.



Fotos: EXPA/Florian Schroetter



3,7 Mio.

KOSTETE DER IBIZA-AUSSCHUSS

Verfahrensanwälte, IT, Security, Medienräume etc. U-Ausschüsse kosten auch viel Steuergeld. In etwa 50.000–60.000 € pro Befragungstag.

⊕ Medien-spektakel U-Ausschuss: Viele Akten werden ausgewertet und besprochen. Demnächst wieder. ⊕

chenswert. Das nunmehrige Problem sei jedoch das Timing. Man habe schon vor einem Jahr gewusst, dass all das untersucht werden könne. Filzmaier: „Beginnt man erst 2024, wird

es extrem knapp, weil der Ausschuss de facto Ende Mai wieder enden muss. Da steht der Verdacht im Raum, dass es weniger um ein ordentliches Ergebnis, als um Wahlkampfsinze-

nierung geht.“ Außerdem müsse man sich erst vorher einigen, ob etwa Liveübertragungen im TV zulässig seien – „so wird die Zeit womöglich noch knapper“.

Erich Vogl, Petja Mladenova

AUSSCHUSS

ÖVP lädt SPÖ-Promis: Leichtfried, Bures, Heinisch-Hosek und Stöger

ÖVP-Mandatar und Ausschussspezialist Andreas Hanger verriet der „Krone“ die ersten Personen ihrer Ladungsliste für den Ausschuss „SPÖ-FPÖ-Machtmissbrauch“. Es handelt sich um prominente Namen. Die früheren SPÖ-Minister und noch aktiven roten Politiker Doris Bures

(ehemalige Verkehrsministerin, heute Zweite Nationalratspräsidentin), Jörg Leichtfried (Ex-Verkehrsminister), Gabriele Heinisch-Hosek (Ex-Frauenministerin) und Alois Stöger (ehemaliger Sozialminister). Es gehe um Inseratenvergaben und Postenbesetzungen, so Hanger.

EHRlich GESAGT

HERR NIMMERWURSCHT

Es gibt Streit innerhalb der Regierung wegen des Klimaministeriums. Am liebsten hätten die

Grünen aufgrund ihrer Vorliebe fürs Gendern ja das Innenministerium bekommen.

